

Diskussion über Vertrag von Nizza

Zustimmung des französischen Parlaments erwartet

mic. PARIS, 5. Juni. Die französische Regierung hat sich das Ziel gesetzt, als erstes Land der Europäischen Union (EU) den Vertrag von Nizza zu ratifizieren. Deshalb hat die Nationalversammlung am Dienstag die Beratungen über das Vertragswerk aufgenommen, über das am 12. Juni feierlich abgestimmt werden soll. Der Vertrag, der unter französischer EU-Ratspräsidentschaft ausgehandelt wurde, stößt unter den Abgeordneten auf geringe Begeisterung. Dennoch ist eine Mehrheit der Parlamentarier entschlossen, der Ratifizierung zuzustimmen. Der frühere neogaullistische Premierminister Juppé sagte, die „Unvollkommenheit“ des Vertrags sei nicht zu leugnen, doch handele es sich aufgrund der schwierigen Verhandlungssituation in Nizza um das „bestmögliche Ergebnis“. „Ein kleiner Schritt ist besser als gar kein Schritt“, sagte der Abgeordnete Michel Vauzelle als Redner der sozialistischen Fraktion. Der Vorsitzende der liberalen Partei „*Démocratie libérale*“, Alain Madelin, gab zu bedenken, daß ein „kümmerlicher Kompromiß“ einem Scheitern

vorzuziehen sei. Diesem „Realismus“ verschließen sich die Abgeordneten der europäisch ausgerichteten Zentristenpartei UDF. UDF-Präsident Bayrou, der sein Mandat in der Nationalversammlung zugunsten seines Abgeordnetensitzes im Europäischen Parlament aufgegeben hat, warnte davor, daß „das Europa von Nizza nicht funktionieren kann“. Zum ersten Mal in der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses solle ein Vertrag angenommen werden, der einen „Rückschritt für Europa“ darstelle. Auf gewohnt spitzfindige Weise wollte auch der frühere Staatspräsident Giscard d'Estaing (UDF) das Verhandlungsergebnis von Nizza in der Nationalversammlung kritisieren. Giscard will allerdings nicht gegen die Ratifizierung stimmen, sondern sich der Stimme enthalten. Die Grünen beklagen, daß der Vertrag nicht dem Ziel einer „Demokratisierung“ Europas entspreche. Für das Europa der Bürger stelle Nizza keinen Fortschritt dar. Die Grünen wollen gegen die Ratifizierung stimmen. Auch der frühere Innenminister Chevènement von der „Bewegung der Bürger“ (MDC) hat ein negati-

ves Votum angekündigt, allerdings aus anderen Gründen. Ihm geht der Vertrag von Nizza zu weit: Er ebne den Weg für eine „Deutschland-zentrierte Union“. Die Kommunisten wollen sich der Stimme enthalten.

Ein positives Zeichen wollte Parlamentspräsident Raymond Forni in der Nationalversammlung mit der Ankündigung setzen, daß voraussichtlich am 22. November zum ersten Mal die Volksvertreter Frankreichs und Deutschlands zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenkommen werden. Die Versammlung von Bundestag und Nationalversammlung mit hoher Symbolkraft soll im Schloß von Versailles stattfinden. Auch das Thema steht schon fest: Die Zukunft Europas nach Nizza und insbesondere die Rolle der nationalen Parlamente im künftigen Europa. Geplant ist eine gemeinsame deutsch-französische Resolution zur Einbeziehung der nationalen Parlamente in der erweiterten Union zu verabschieden.